



FÜR EINE TIER- UND UMWELTGERECHTE LANDWIRTSCHAFT!

DARUM GEHT'S: Gravierende Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft

Überdüngung, pestizidverseuchte Äcker, kranke Tiere, Antibiotika-resistenzen: Die in Deutschland dominierende Form der **intensiven Landwirtschaft** richtet in der Natur, bei den Nutztieren und auch bei uns Menschen **riesige Schäden** an. Deutschland wurde bereits **von der EU verklagt**, weil hierzulande u.a. das Grundwasser und die Gewässer zu wenig vor schädlichen Einträgen aus der Landwirtschaft geschützt werden. Nur **sieben Prozent** der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands werden **ökologisch bewirtschaftet** und die jährlichen Zuwächse sind minimal. Und das trotz der stetig steigenden Nachfrage nach Biolebensmitteln und trotz vollmundiger Versprechen der Politik, den Bioanbau-Anteil bis auf 20 Prozent zu steigern.

SO GEHT'S NICHT: Schwarz-Rote Versäumnisse

Die Bundesregierung hat in den vergangenen vier Jahren viel zu wenig getan, um die Missstände in der Landwirtschaft zu beheben. **Agrarminister Christian Schmidt** hätte sich dafür einsetzen können, vorhandene EU-Gelder der Landwirtschaftsförderung für **mehr Tierwohl, mehr Ökolandbau und bäuerliche Betriebe** einzusetzen. Stattdessen setzte er sich massiv für die Interessen der Lebensmittelkonzerne ein und war politisch kaum von den Positionen des mächtigen Bauernverbandes zu unterscheiden. Das im Koalitionsvertrag von Union und SPD festgelegte Ziel, sich in Brüssel für eine verpflichtende Gentech-Kennzeichnung tierischer Produkte einzusetzen, blieb aus – Schmidt blockierte. Dazu passt: Die Bundesregierung brachte einen Gesetzentwurf zu „**Neuen Gentechniken**“ (neue Technologien zur Genmanipulation) auf den Weg, der von der **Chemieindustrie diktiert** wurde und den **Verbraucherschutz schwächt**. Einzig **Umweltministerin Barbara Hendricks** erzielte **einige ökologische Erfolge**, so enthielt sich Deutschland etwa seiner Stimme, als in Brüssel über die Wiederezulassung des wahrscheinlich **krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat** entschieden wurde.

SO GEHT'S: Das wird die nächste Bundesregierung tun

Die neue Bundesregierung muss einiges nachholen. Sie muss die **Nutztierhaltung grundlegend umbauen**, weg von der nicht tierechten Intensivtierhaltung und hin zu **tierechten Haltungsverfahren** wie Weidetierhaltung, Öko-Tierhaltung und Neuland. **Der Stall muss an die Tiere angepasst werden, statt die Tiere dem Stall anzupassen!** Für den Menschen notwendige **Reserveantibiotika** müssen für die Nutztierhaltung **verboten** werden. Ebenso müssen wir weg vom **Kürzen von Hühner-Schnäbeln** oder dem **Kupieren von Ferkel-Schwänzen**.



Foto: pixabay/Julio

Die neue Bundesregierung wird ein **verbindliches, staatliches Tierwohl-Label** für alle tierischen Lebensmittel einführen. Milch, Eier, Fleisch & Co. werden klar gekennzeichnet, wenn bei ihrer Herstellung **Gentechnik im Futtertrog** war. Damit Verbraucher*innen wirklich **selber entscheiden** können, was in ihrem Einkaufskorb landet.

Die kommende Bundesregierung wird dafür sorgen, dass mit Hilfe „**Neuer Gentechniken**“ erzeugte Pflanzen und Tiere ein Zulassungsverfahren und eine **umfassende Risikoprüfung** durchlaufen. Sie werden gekennzeichnet, und ihre Rückverfolgbarkeit und mögliche Entfernung aus der Umwelt und aus der Lebensmittelkette werden gewährleistet sein. Bei Freisetzung und Anbau werden mithilfe der „**Neuen Gentechniken**“ erzeugte Pflanzen im **öffentlich zugänglichen Standortregister** erfasst.

Zuletzt wird sich die neue Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Reform der EU-Agrarpolitik die Probleme löst, die durch **falsche bisherige Weichenstellungen** verursacht wurden. EU-Geld wird es nur noch für konkrete öffentliche Leistungen etwa in den **Bereichen Umwelt, Klima und Tierschutz** geben.

Mehr Informationen:
www.bund.net/bundestagswahl